LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/1012
24. 04. 2002

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 23. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 25. April 2002

1. Abgeordnete Jochen Hartloff, Joachim Mertes und Dr. Dieter Schiffmann (SPD)

Kirch-Media Insolvenz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Chancen sieht die Landesregierung, dass die Balance zwischen öffentlich-rechtlichem System und privaten Anbietern trotz der Insolvenz von Kirch-Media gewahrt werden kann?
2. Sieht sie rundfunkrechtlichen Handlungsbedarf hinsichtlich von Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Medienunternehmen an deutschen Medienunternehmen?
3. Sind Auswirkungen der Insolvenz von Kirch-Media auf Rheinland-Pfalz festzustellen?

2. Abgeordneter Herbert Jullien (CDU)

Entwicklung der Zahl der Insolvenzen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie entwickelte sich die Zahl der Insolvenzen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 2000 sowie im ersten Vierteljahr 2002 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2001 im Vergleich der Bundesländer bezogen auf die Einwohnerzahl?
2. Welche Branchen der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz sind von den Insolvenzen der letzten zwei Jahre am meisten betroffen?
3. Welcher Abbau von Arbeitsplätzen war mit den Insolvenzen der vergangenen zwei Jahre verbunden?
4. Wie viele der insolventen Firmen hatten innerhalb der letzten drei Jahre Finanzhilfen oder Bürgschaften im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes erhalten?

3. Abgeordnete Ise Thomas und Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwangspausen nach dem Abitur 2002

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen haben in den Jahren 2000, 2001 und 2002 das Abitur abgelegt (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
2. Wie viele Studienanfängerinnen/-anfänger haben sich zu den Sommersemestern 2000, 2001 und 2002 an den rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen eingeschrieben (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
3. An wie vielen Studiengängen an rheinland-pfälzischen Hochschulen ist ein Studienbeginn im Sommersemester möglich und an wie vielen dieser Studiengänge haben sich diesjährige Abiturientinnen und Abiturienten eingeschrieben?
4. Plant die Landesregierung, die derzeitige Struktur des 13. Schuljahres zu verändern, da mit der Verkürzung der Schulzeit zum Abitur bis Ende März für die ganz überwiegende Mehrheit der Abiturientinnen und Abiturienten nicht die prognostizierte Verkürzung, sondern eine wesentliche Verlängerung der Wartezeiten im Hinblick sowohl auf weitere berufliche Ausbildungen, den Beginn des Studiums als auch den Beginn des Wehr- bzw. Zivildienstes und weiterer freiwilliger Dienste verbunden ist?

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 24. April 2002

4. Abgeordneter Walter Wirz (CDU)

Öffentliche Ausschreibung durch die LBB hinsichtlich der Ausführung von Bauleistungen an der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz in Lautzenhausen

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe bewegt sich nach Kenntnis der Landesregierung der bislang dem Land entstandene finanzielle Schaden durch die Abnahme der Bauleistungen bei der Landespolizeischule Hahn?
2. Welche weiteren Kosten erwartet die Landesregierung durch die nun erfolgte öffentliche Ausschreibung für Bauleistungen an der Landespolizeischule?
3. Wie ist der gegenwärtige Stand der Ausschreibung?
4. Welche Motive hatte die Landesregierung seinerzeit für den einseitigen Verzicht auf Mängelbeseitigung, der den Steuerzahler teuer zu stehen kam bzw. auch zukünftig noch kommen wird?

5. Abgeordnete Nicole Morsblech (FDP)

Umsetzung des Projektes „Schülerwahlen“ an rheinland-pfälzischen Schulen

Ersten Presseberichten zufolge steigt das Interesse von Schulen, an dem von der Landesregierung geplanten und auf Initiative der FDP-Fraktion ins Leben gerufenen Projektes „Schülerwahlen“ teilzunehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Schulen haben bisher ihr Interesse hinsichtlich einer Teilnahme an dem Projekt „Schülerwahlen“ bekundet?
2. Wie sieht die konkrete Unterstützung der Schulen durch die Landesregierung bei der Umsetzung des Projektes aus?
3. Zu welchem Zeitpunkt soll mit dem Versenden von projektspezifischen Materialien an die Schulen begonnen werden?

6. Abgeordneter Reiner Marz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft der Caritas-Trägergesellschaft Trier (ctt)

Kriminelle Machenschaften des ehemaligen Geschäftsführers Doerfert hatten die ctt bereits in den vergangenen Jahren in Turbulenzen gestürzt. Laut Presseberichten gerät die Unternehmensgruppe mit ihren zahlreichen für die Gesundheitsversorgung des Landes bedeutsamen Einrichtungen erneut in existenzbedrohende Schwierigkeiten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die für das Jahr 2003 beabsichtigte Herauslösung von zwei Trierer Kliniken aus der ctt, und ist eine weitere Erosion der ctt-Gruppe zu erwarten?
2. Hat die Landesregierung Erkenntnisse, die auf weitere Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Landeszuschüssen schließen lassen, die der ctt vom Sozialministerium in früheren Jahren gewährt wurden?
3. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die mögliche rückwirkende Aberkennung der Gemeinnützigkeit der ctt und ggf. deren Folgen auf die Liquidität der ctt?
4. Hält die Landesregierung es für möglich und vertretbar, dass sich die Entscheidung über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit noch zwei Jahre lang hinziehen kann?

7. Abgeordneter Alexander Fuhr (SPD)

Sicherung von Krankenhausstandorten

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung Pläne von Krankenhausträgern, zur Erhaltung existenzgefährdeter Krankenhausstandorte, wie etwa demjenigen in Dahn, mit anderen regionalen Krankenhäusern zu kooperieren?
2. Welche Initiativen hat sie ergriffen, um den Standort Dahn zu sichern?

8. Abgeordneter Roger Lewentz (SPD)

Anerkennungsverfahren Welt-UNESCO-Kulturerbe

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung die Auflagen der UNESCO bezüglich der eingereichten Bewerbungsunterlagen zwischenzeitlich erfüllt?
2. Wie sehen die Lösungsansätze der Landesregierung konkret aus?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen einer Anerkennung noch in diesem Jahr?

9. Abgeordnete Dr. Peter Enders und Matthias Lammert (CDU)

Notärztliche Unterversorgung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind der Landesregierung dafür bekannt, dass die örtlichen Notarztdienste, z. B. auch in Nastätten, entsprechend einer Pressemitteilung der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises nicht mehr über genügend ausgebildete Notärzte verfügen, so dass der Notarztdienst nicht mehr rund um die Uhr besetzt sein kann?
2. Wie beurteilt die Landesregierung diese Gründe?
3. Welche Rahmenbedingungen müssen bzw. können nach Meinung der Landesregierung verbessert werden?
4. Wie wird zurzeit die notärztliche Versorgung, z. B. auch im Raum Nastätten sichergestellt?